Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsständern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.) durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 15690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.35 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 1. März 1928 — Nummer 52

Die Reichswehr-Korruption

Ungeheure Ausdehnung des Phoebus-Skandals

30 Millionen Verluste

Die Welt am Abend meldet gestern über die Ausdehnung des Phoebusskandals unter der Ueberschrift „Der Panamaskandal im Reichswehrministerium" folgendes:

In der Phoebus-Affäre, von der man schon annehmen konnte, daß sie beigelegt sei, sind neue Sensationen eingetreten. Es ist plötzlich bekannt geworden, daß sich die Verluste, die das Reich hierbei zu tragen hat, nicht, wie vom Reichswehrministerium bisher behauptet wurde, auf 8 oder 10 Millionen, sondern auf annähernd 20 Millionen Reichsmark belaufen. Es stehen mit dem Phoebus-Skandal außerdem noch andere dunkle Transaktionen der Seetransportabteilung des Reichswehrministeriums und ihres Leiters, Kapitän Lohmann, im Zusammenhang, die ebenfalls zu Riesenverlusten geführt haben.

Zunächst hat man von einer Transaktion mit Speck erfahren, in die die Lohmann und Konsorten 3—400 000 Mark hineingesteckt haben. Es handelt sich um die Fleischfabrik Bacon-A.-G., die unbegreiflicherweise vom Reichswehrministerium finanziell unterstützt worden ist und in deren Betrieb die genannte Summe verloren ging. Nach dem Reichswehrministerium soll sich noch der Reichsernährungsminister Schiele an diesem seltsamen Geschäft amtlich beteiligt haben.

Im Reichswehrministerium fürchtet man noch immer nichts so sehr, als die vollkommen öffentliche Behandlung des einzig dastehenden Phoebus-Skandals, der sich mehr und mehr zu einem deutschen Panama auswächst. Man versucht deshalb mit allen Mitteln, Neuenthüllungen zu unterdrücken und sich heimlich zu einigen.

Gestern vormittag fand zu diesem Zweck im Reichswehrgebäude unter dem Vorsitz des Reichswehrministers Groener mit den Parteiführern der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, aber darüber hinaus auch bezeichnenderweise mit denen der Sozialdemokraten und Demokraten eine geheime Besprechung statt, bei der die Speckgeschäfte des Kapitäns Lohmann zur Erörterung standen.

Es ist kennzeichnend für die sogenannte Opposition von Demokraten und Sozialdemokraten, daß sie hier mitmachen und eine Affäre beilegen wollen, die wert ist, vor der breitesten Oeffentlichkeit erörtert zu werden, damit ein jeder Klarheit über die Zustände im Reichswehrministerium erhalte.

Der Reichswehrminister Groener hat in seiner Antrittsrede davon gesprochen, daß dem Kapitän Lohmann persönlich nichts nachzuweisen sei. Angesichts der neuen Feststellungen dürfte es aber notwendig sein, gegen diesen Herrn endlich strafrechtlich vorzugehen. Morgen wird sich der Hauptausschuß des Reichstages mit dem Phoebus-Skandal zu beschäftigen haben. Es muß gefordert werden, daß endlich die ganze Wahrheit über die gewaltigen Verluste der Reichswehr gesagt wird.

Heute früh meldet das Berliner Tageblatt, daß bei weiterer Nachprüfung die Summe der verpulverten Steuergelder im Reichswehrministerium immer mehr ansteigt. Das Berliner Tageblatt schreibt:

„Die Summen, die durch die Geschäfte des Kapitäns Lohmann von der Seetransportabteilung des Reichswehrministeriums verloren gegangen sind, steigen noch immer an. Man sprach gestern in Reichstagskreisen davon, daß die

Gesamtverluste nicht 20 Millionen, sondern über 25 Millionen betragen, vielleicht an 30 Millionen heranreichen.

Alle Lohmannschen Unternehmungen stehen ohne Ausnahme vor dem Zusammenbruch. Angesichts der Höhe dieser Verluste und angesichts des besonderen Umstandes, daß sich die Lohmannschen Geschäfte über einen weiten Kreis verschiedenartigster Unternehmungen erstreckt haben, erhebt sich die Frage, ob Kapitän Lohmann allein befugt gewesen sei, über solche große Summen zu verfügen, ohne daß er einer Kontrolle unterstellt gewesen wäre."

Aus der Arbeiterschaft werden immer neue Steuersummen herausgepreßt. Erst vor wenigen Tagen wurden dem Reichswehrministerium mit Zustimmung der SPD 500 Millionen Reichsmark mehr bewilligt. Jetzt versucht die SPD, an der Verschleierung des Skandals mitzuwirken.

Der Umschwung in der Getreidebeschaffung

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter)

Moskau, den 24. Februar 1928.

E. W. In den letzten Monaten durchlebte die Sowjetunion eine Reihe von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die ihre Wurzeln in erster Linie in der unzureichenden Beschaffung des Getreides hatten. Bis zum September v. J. war von den staatlichen und genossenschaftlichen Organen der USSR Getreide in ausreichendem Maße, ja sogar in einem größeren Umfange, als es der staatliche Plan vorsah, aufgekauft. Anfang Oktober aber sank die staatliche Getreidebeschaffung fast katastrophal.

Folgende statistische Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates geben den Gang der Getreidebeschaffung im letzten Halbjahr 1927 wieder:

(Die Angaben sind in Tonnen berechnet.)

	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Plan (monatlich)	250 000	740 000	1 400 000	1 805 000	1 400 000	1 310 000
Erfüllung	254 357	918 000	1 641 998	1 248 708	750 987	669 929
Prozentuale Erfüllung	60,5	123,0	117,3	69,8	54,3	51,1
Ergebnis der Getreidebeschaffung 1926/27	254 827	778 947	1 560 706	1 726 339	1 650 015	910 475

Wie außerordentlich die Getreidebeschaffung, d. h. die Aufbringung eines der wichtigsten Artikel des inneren Verbrauches und des Exportes, das gesamte Wirtschaftsleben der USSR berührt, mögen hier nur folgende Angaben über den Außenhandel zeigen, bei dem sich das Fehlen des Getreides bisher am meisten ausgewirkt hat. Der Export des Getreides gab im November 1927 nur 33 Prozent des Betrages vom November 1926; die Ausfuhr von Oelfrüchten war noch schlechter bestellt, da nur 7,7 Prozent des vorjährigen Exportes erfüllt werden konnten. Zwar hatte die Sowjetunion noch eine aktive Handelsbilanz, die aber schon stark im Sinken war (Oktober 7 900 000 Rubel, November 4 900 000). Die Perspektiven sahen folglich bei einem weiteren Fortgang der schlechten Getreidebeschaffung und daher dem Ausfall des russischen Getreides auf dem Weltmarkt sehr ernst aus.

Anfang Januar wurde die gesamte Sowjetöffentlichkeit von allen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht, und es begann eine intensive Aussprache über die Ursachen des Sinkens der Getreidebeschaffung und über die Mittel und Wege, diesen Mangel abzustellen. Seit jener Zeit ist das allgemeine Interesse außerordentlich stark von der Getreidebeschaffungskampagne in Anspruch genommen. Nicht nur im Dorf, sondern fast mehr noch in der Stadt werden die Ergebnisse der Getreidebeschaffung, die nach fünftägigen Erfüllungsterminen berechnet werden, besprochen. In den Arbeiterklubs, Fabriken, Kasernen fanden belehrende Vorträge statt, und durch Entsendung von Agitatoren zur Aufklärung in die Dörfer wurde den dortigen Organisationen praktische Hilfe geleistet. In den Dörfern werden gleichfalls ständig Massenversammlungen veranstaltet, die Dorfarmut wird zur Unterstützung der Getreidebeschaffungskampagne mobilisiert, und alle gesellschaftlichen Kräfte der Sowjets, der Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften und der Jugendorganisationen werden zur Aufklärung, zum Kampf gegen die Ursachen der bisherigen schlechten Ergebnisse und zur organisatorischen Arbeit herangezogen.

Bevor das Uebel abgestellt werden konnte, mußte man sich zunächst Klarheit **über die Ursachen des Sinkens der Getreidebeschaffung im Oktober vorigen Jahres verschaffen.** Ein Grund hierfür war die **Parteidiskussion** mit der trotzkistischen Opposition, die alle Kräfte der Partei in Anspruch nahm und das Interesse der gesamten Oeffentlichkeit von den praktischen Wirtschaftsfragen auf die Auseinandersetzung mit der trotzkistischen Ideologie und „Partei" ablenkte. Wie außerordentlich empfindlich das Dorf auf alle Fragen des inneren Parteilebens, die im Falle der trotzkistischen Opposition den Rahmen der Partei weit überschritten hatten, reagiert, zeigt das Zusammenfallen des Sinkens der Getreidebeschaffung mit dem Vorstoß der trotzkistischen Opposition fast auf einen Tag.

Aber natürlich war die Parteidiskussion nicht die Hauptursache der schlechten Getreidebeschaffung, sondern sie wirkte sich nur dadurch so schädigend aus, weil infolgedessen sehr spät alle Kräfte zur Beseitigung des Uebels mobilisiert werden konnten.

Der Hauptgrund der schlechten Getreidebeschaffung ist natürlich ein wirtschaftlicher. So seltsam es auch scheinen mag, ist nicht der Mangel an Getreide, nicht die Armut der Bauern, sondern im Gegenteil das Wachsen ihres Wohlstandes die Ursache dafür, daß der Bauer sein Getreide vorläufig zurückhält. Sowjetrußland hat jetzt drei relativ gute Ernten hinter sich. Die Speicher der Bauern sind gefüllt. Er will sein Getreide realisieren. Solange es ihm noch schlecht ging, war er gezwungen, all seine Vorräte sofort auf den Markt zu werfen, da schon zu Beginn der Ernte das Brot nicht mehr für die Ernährung seiner Familie reichte. Jetzt ist er eingedeckt. Für die Bauern steht jetzt die Frage so, ob sie auf dem Markt Waren finden, die sie notwendig brauchen oder nicht. **Das Geld hilft**

Generalaussperrung in der Hüttenindustrie?

Die sächsischen Metallindustriellen verbreiten folgende Meldung: **Bekanntlich hatten die Unternehmer der sächsischen Hüttenindustrie bei den letzten Verhandlungen am vorigen Donnerstag neue Vorschläge zur Beilegung des Arbeitszeitkonfliktes in der Hüttenindustrie gemacht, zu denen sich die Gewerkschaften erklären sollten. Da jedoch eine solche Erklärung nicht erfolgt ist und die örtlichen Abstimmungen eine Mehrheit für die Ablehnung der Vorschläge ergeben haben, muß diese Nicht-Erklärung als Ablehnung gedeutet werden. Die Arbeitgeber der gesamten eisenerzeugenden Industrie werden nun zu dieser Lage Stellung nehmen und man muß damit rechnen, daß die Aussperrung in der sächsischen Hüttenindustrie sich auch auf die nordwestliche Gruppe ausdehnt.**

Die Drohung mit der Aussperrung der nordwestlichen Gruppe, d. h. der Hüttenarbeiter des Ruhrgebietes, ist ein Druckmittel der Unternehmer. Bei der bekannten Angst der DMV-Leitung vor jeder Aussperrung rechnet die Unternehmer mit dem Ausweichen, mit dem Abwürgen des Kampfes durch die reformistische DMV-Bureaukratie. Die Hüttenarbeiter in Sachsen und im Ruhrgebiet müssen fordern, daß der Kampf auch in der Hüttenindustrie an der Ruhr aufgenommen wird, um überall den reinen Achtstundentag zu erzwingen.

Der Etat des Aushungerungsministers

Als der Minister für Ernährung und Landwirtschaft, der Deutschnationale Schiele, zu seinem Etat zu sprechen beginnt, ruft ihm Genosse Torgler zu: „Der Minister für Aushungerung! Ihm Genosse Torgler zu: „Der Minister für Aushungerung der Arbeiterschaft!" Schiele benutzt seine Rede, um die Forderungen des Landbundes zu vertreten und auf Kosten der arbeitenden Schichten die Notwendigkeit von Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte, die Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel und die Einschränkung ausländischer Lebensmittel anzukündigen. Er bedauert besonders die niedrigen Schweinepreise. Die Einfuhr an Fleisch und Lebendschlachtvieh müsse möglichst eingedämmt werden. Er verweist auf das Notprogramm und auf die beabsichtigte ratenweise Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents. Die bisherigen Einfuhrerleichterungen sollen aufgehoben werden. 30 Millionen Mark sollen allein für die bessere Organisation der Marktverhältnisse für Vieh und Fleisch ausgeworfen werden. Die Nachkriegsverschuldung der Landwirtschaft habe bis Herbst 1927 die erschreckende Höhe von 7 Milliarden erreicht. Das vorgesehene Hilfsprogramm werde die gegenwärtige landwirtschaftliche Krise nicht beseitigen, sondern nur mildern können. Schiele ist der Meinung, daß von den 4 Milliarden, die im letzten Jahre für eingeführte ausländische Nahrungsmittel ausgegeben wurden, 3 Milliarden der inländischen Erzeugung zugeführt werden könnten. Um das zu ermöglichen, verlangt er die Schaffung der erforderlichen Sicherheit durch eine planmäßige Handelspolitik, d. h. einen weiteren Ausbau der agrarischen Hochschutzzölle.

Tempel (Soz.) erklärt, der Landwirtschaft könne nur geholfen werden durch eine Stärkung der Kaufkraft der breiten Verbrauchermassen. Eine wichtige Ursache der landwirtschaftlichen Krise sei die Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland. Die Bauernnot sei eine Landnot, als Folge der ungesunden Bodenverteilung. Die Sozialdemokratie verlange Aufhebung der Futtermittelzölle und Förderung des Fleischexportes.

Der Deutschnationale Jandrey verlangt Einschränkung und schließlich völlige Beseitigung der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch. Notwendig sei auch der Abbau der Einfuhr von Südfrüchten und ausländischen Gemüsen. Er droht damit, daß die Bauern nach Berlin kommen werden, um zu demonstrieren.

Abgeordneter Renies (Z.) erklärt das Notprogramm für notwendig. Den kleinen und Mittelbauern gehe es in vielen Fällen schlechter als den Erwerbslosen (!). Die mißbräuchliche Ausnutzung der Erwerbslosenversicherung müsse beseitigt werden.

Nachdem noch der Volksparteiler Jansen in das großagrarische Horn gestoßen hatte, werden die Beratungen vertagt. In der weiteren Debatte werden von der kommunistischen Fraktion die Genossen Putz und Hörnle ausführlich auf das großagrarische Notprogramm, den Etat des Hungerministers und die Notlage der kleinen Bauern eingehen. Nächste Sitzung Donnerstag 13 Uhr.

Kein Parteitag der SPD

Die Kieler Politik der Volksgemeinschaft das Beste, was es gibt!

Wie der Vorwärts mitteilt, hat der Parteiausschuß der SPD beschlossen, den nächsten Parteitag erst nächstes Jahr abzuhalten, „da es einen besseren Auftakt zu den Wahlen als den Kieler Parteitag gar nicht geben könne und die Kampfstimmung überall so ausgezeichnet sei, daß sie nichts zu wünschen übrig läßt".

Jeder kommunistische Gewerkschaftsfunktionär geht heute zu Severing!

Beginn 19,30 Uhr im Trianon-Saal.